BRH AKTUELL

Herausgeber: Seniorenverband BRH
- Bund der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen im DBB -
Tel.: 06131/223371, Fax: 06131/225625, E-Mail: post@brh.de, Internet: www.brh.de

Redaktion: Dieter Berberich und Anita Losereit

Nr. 02 11.01.2011

Sehr geehrte, liebe Bezieherinnen und Bezieher von BRH Aktuell,

die Redaktion von AKTUELL hofft, dass Sie alle ein friedfertiges und besinnliches Weihnachtsfest hatten und mit neuen Erwartungen, Vorsätzen und tatkräftig ins neue Jahr 2011 gestartet sind. Wir wünschen Ihnen alles Gute, vor allem Gesundheit und die notwendige Kraft, unsere gemeinsamen Ziele umzusetzen.

Wir wollen Sie auch 2011 über die allgemeine Seniorenpolitik, die vielfältigen Seniorenthemen aber vor allem über die besonderen Entwicklungen bei den Renten und der Versorgung informieren. Darüber hinaus sollen die Gesundheitspolitik und hier besonders die geplanten Veränderungen bei der gesetzlichen wie privaten Kranken- und Pflegeversicherung bzw. der Beihilfe im Focus unserer Berichterstattung stehen.

Das AKTUELL hat einen begrenzten Bezieherkreis. Es soll vor allem den Multiplikatoren (BRH-Landes- und Kreisvorständen, ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern) sowie befreundeten wie vertraglich verbundenen dbb-Verbänden ihre Arbeit vor Ort erleichtern und Unterlage für Vorträge, Aktionen und Aktivitäten geben.

Wir setzen dabei auf Ihre zielführende Unterstützung durch sachdienliche wie fachliche Kritik bzw. Hinweise. Gerne drucken wir sachkundige Beiträge und Hinweise ab, die von allgemeiner seniorenpolitischer Bedeutung sind.

In diesem Sinne ein hoffentlich erfolgreiches Jahr 2011

Ihre AKTUELL-Redaktion

01 Einkommensrunde 2011 für Beschäftigte der Länder hat begonnen

Sie betrifft rund 800.000 Beschäftigte und rund 32.000 Auszubildende der Länder und bezieht sich auf eine Verbesserung der Besoldung und Versorgung für rund 1,24 Millionen Beamte. Der dbb hat dazu bereits umfassende Informationen erarbeitet. Sie sind nachzulesen und abrufbar unter http://www.dbb.de/ .

Für unsere Rentner und Versorgungsempfänger sind die Verhandlungen und das Ergebnis von weitreichender Bedeutung, kann doch die Politik diese bei ihren späteren Renten- bzw. Versorgungsanpassungen nicht ignorieren.

Hinweis des Herausgebers: Vervielfältigungen und Veröffentlichungen sowie der Abdruck auch auf Homepages ganz oder auszugsweise sind nur mit ausdrücklicher Zustimmung des Herausgebers zulässig.

Es ist wichtig darüber zu informieren, von welcher Ausgangslage der dbb seine Forderungsentscheidung getroffen hat. Daher listet AKTUELL stichwortartig die wesentlichen Fakten dazu auf, die die dbb-Bundesleitung auf der gemeinsamen Sitzung der dbb-Bundestarifkommission, dem dbb-Bundesvorstand und der dbb Grundsatzkommission für Besoldung und Versorgung vorgetragen hat:

1.) In Deutschland erhöhte sich in den letzten 10 Jahren der Bruttoverdienst um 22,4 % und damit am geringsten in ganz Europa (Frankreich = 32,6%, Europa gesamt = 37,4 %, England = 44,1 % und Spanien = 47,2 %). Gleiches gilt für die Arbeitskosten, die in Deutschland um 19,4 % (in Frankreich um 35,3 %, in gesamt Europa um 37,6 %, in England um 46,7 % und in Spanien um 51,0 %) am geringsten angestiegen sind.

2.) Die tarifliche Entwicklung zwischen den gesamtdeutschen Bruttolöhnen zu den Brutto-Einkommen der Länder (TV-L) triften seit 2003 immer stärker auseinander. Während sie allgemein um 19,8 % stiegen, wurden sie bei den Beschäftigten der Länder im öffentlichen Dienst nur um 11,5 und damit um - 8,3 Prozent angehoben. Die Einkommensentwicklung in der TV-L (Länder) hinkt der TV-öD (Bund / Kommunen) 2011 mit ca. 1,5 Prozent hinterher.

3.) Die Arbeitslosenversicherung wird 2011 von 2,8 auf 3 und damit um 0,2 Prozent, die gesetzliche Krankenversicherung von 14,9 auf 15,5 und damit um 0,6 Prozent ansteigen. Die privaten Krankenversicherungen haben erhebliche Beitragsanhebungen angekündigt. Diese Mehrbelastung der Sozialversicherungsbeiträge ab 2011 wird einen Straßenwärter jährlich um ca. 700 Euro, eine Krankenschwester um ca. 800 Euro und einen Ingenieur um ca. 1.000 Euro zusätzlich belasten.

4.) Die Verbraucherpreise steigen 2011 nicht unerheblich um ca. 2 Prozent. Vor allem die Güter des täglichen Lebens werden im Schnitt um 5 – 10 % steigen.

5.) Die gesetzlichen Rahmenbedingungen für den Dienst der Beamten in den Ländern unterscheiden sich immer stärker.

   a) Die Wochenarbeitszeit differiert zwischen 39 bis 42 Stunden und gewichtet nach Lebensjahre, Schwerbehinderung und Pflegebedürftigkeit;

   b) Die Besoldungs- und Versorgungsanpassungen alleine 2008 differieren zwischen 1,5 Prozent (Brandenburg) und 3,0 Prozent in Niedersachsen;

   c) Die jährliche Sonderzahlung (Weihnachtsgeld) reicht von fast völliger Streichung bis zu 70 Prozent eines Monatsgehalts bzw. zwischen 120 bis 1.800 Euro.

   Der durchschnittlich ausgezahlte monatliche Betrag eines ledigen 40-jährigen A5er reicht von 2.226 Euro (Bayern) bis 1.989 Euro (Berlin-West) d.h. -237 Euro oder jährlich -3.000 Euro; eines ledigen 40-jährigen A9er von 2802 Euro (Bayern) bis 2.501 Euro (Berlin-West) und damit -301 Euro (jährlich -3.600 Euro) oder eines ledigen 40-jährigen A13er von 4.126 Euro (Bayern) bis 3.690 Euro (Berlin-West) und damit -436 Euro monatlich (jährlich -5.200 Euro). Und dies bei gleicher Dienstleistung eine so drastisch unterschiedliche Besoldung.

6.) Die wirtschaftlichen Rahmendaten prognostizieren für Deutschland im Jahr 2011 mit +2,2 % des Bruttoinlandsproduktes, mit +1,6 % Steigerung des privaten Konsums, mit +1 % staatlicher Konsumausgaben und +1,4 % Verbraucherpreisen die stärkste und beste europäische Entwicklung. Die OECD-Prognosen zum

Hinweis des Herausgebers: Vervielfältigungen und Veröffentlichungen sowie der Abdruck auch auf Homepages ganz oder auszugsweise sind nur mit ausdrücklicher Zustimmung des Herausgebers zulässig.

Wirtschaftswachstum sehen im Europavergleich für Deutschland die mit Abstand höchste Steigerung von über 2 Prozent voraus.

7.) Die Steuerschätzungen gehen von sprunghaften Steuermehreinnahmen für 2011 und 2012 in Bund, Ländern und Gemeinden aus (bis zu 6,7 %). Gleichzeitig haben die Länder massiv Stellen gestrichen ohne gleichzeitig Aufgaben abzubauen. So wurden im öffentlichen Dienst der Länder von 2003 (896.000) bis 2009 (682.000) ca. 24 Prozent Tarifbeschäftigte, im gleichen Zeitraum insgesamt an Tarifbeschäftigte und Beamte ca. 10,8 Prozent abgebaut. Damit sparten die Länder erhebliche Personalkosten in Mrd. Euro Höhe, ohne gleichzeitig die Beschäftigten von Aufgaben zu entlasten.

8.) Die Arbeitslosenzahl sank drastisch um ca. 300.000 im Vergleich zum Vorjahr und sinkt nach Prognosen weiter. Dies erspart dem Bundes- wie den Länderhaushalten sowie den Kommunen Mrd Euro an Steuersausgaben.

Im Vorfeld der eigentlichen Forderungsfindung zwischen dbb, ver.di und den Beschlussorganen des dbb haben der ver.di Bezirk Baden-Württemberg eine Forderung von 6,5 Prozent und Rainer Wendt für die Deutschen Polizeigewerkschaft von 7 Prozent für angemessen angesehen, gefordert und dies auch publiziert. Ein durchaus vertretbarer Rahmen, angesichts der oben aufgelisteten Fakten.

Von der dbb Bundesleitung wurde ein Forderungskatalog mit 8 Punkten vorgeschlagen; im Gedächtnis geblieben ist in der Öffentlichkeit und bei den Kollegen die Kernforderung nach „50 Euro und 3 %“.

Leider haben das Findungsverfahren und die Zeitregie der dbb Bundesleitung eine intensive und basisorientierte Befassung mit dem Thema erschwert. Die von der Bundesleitung vorgetragenen Forderungen waren mit dem Tarifpartner ver.di frühzeitig abgestimmt worden. Die zur Bekanntgabe fast zeitgleich anberaumte Pressekonferenz war nicht mehr aufzuschieben und ver.di Vorsitzender Bsirske bereits vor Ort, weshalb schon zeitlich eine strittige Positionierung nicht hätte neu abgestimmt werden können.

Bleibt nur die Hoffnung, dass in Zukunft eine Forderungsfindung basisorientierter initiiert wird. Das Ausgrenzen von Kritikern ist dabei kein fairer und guter Stil.

02 dbb für zügige Tarifverhandlungen ohne „taktische Spielchen“

(dbb) Der dbb Bundesvorsitzende Peter Heesen hat sich dafür ausgesprochen, die anstehenden Tarifverhandlungen für die Angestellten der Länder zügig über die Bühne zu bringen. „Meine Erwartungshaltung an die Arbeitgeberseite ist, dass man bereits in der ersten Verhandlungsrunde über konkrete Vorschläge spricht und keine taktischen Spielchen macht“, sagte Heesen am 28. Dezember 2010 der Nachrichtenagentur dpa. Die Gespräche für die rund 800 000 Angestellten der Länder beginnen am 4. Februar 2011 in Potsdam.

Die Gewerkschaften fordern ein Plus von 50 Euro für die rund 800 000 Beschäftigten und eine lineare Erhöhung von drei Prozent. Von dem Sockelbetrag würden vor allem die unteren Einkommensgruppen profitieren, sagte Heesen. Sie hätten in letzter Zeit besonders unter Preissteigerungen gelitten. Heesen betonte, die Forderungen lägen unterhalb dessen, was in einigen Wirtschaftszweigen verlangt werde: „Der wirtschaftliche Aufschwung kommt verzögert beim Staat an, was die Steuereinnahmen betrifft. Darauf nehmen wir Rücksicht.“

Hinweis des Herausgebers: Vervielfältigungen und Veröffentlichungen sowie der Abdruck auch auf Homepages ganz oder auszugsweise sind nur mit ausdrücklicher Zustimmung des Herausgebers zulässig.

Im Gegensatz zur Tarifrunde für die Angestellten von Bund und Kommunen gibt es bei der Runde mit den Ländern keine Möglichkeit, einen Schlichter einzuschalten. „Wir haben das Problem, dass es keine Schlichtungsvereinbarung gibt“, sagte Heesen. Das heißt, die Verhandlungspartner müssen wirklich selbst zu einem Ergebnis kommen. …

In der „Stuttgarter Zeitung“ (Ausgabe vom 30. Dezember 2010) verwies Heesen insbesondere auf die geforderte 14-monatige Laufzeit, die ab 2012 zumindest eine zeitliche Synchronisierung der getrennten Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften mit Bund und Kommunen sowie den Ländern ermöglichen würde. „Wie lange wollen wir uns noch den Luxus leisten, dass wir uns mit Bund und Kommunen auf der einen und den Ländern auf der anderen Seite Jahr für Jahr in Tarifauseinandersetzungen begegnen? Wäre es nicht klüger, den öffentlichen Dienst ein Stück weit zusammenzuführen? Das brächte weniger Bürokratie und Aufwand für alle Beteiligten“, so Heesen. Eine mittelfristige Zusammenlegung der Verhandlungen wäre dabei durchaus nicht nur im Interesse der Gewerkschaften: „Die Länder leiden mit Sicherheit auch darunter, dass sie für den Bereich der kommunalen Beschäftigten – die sie über die Gemeindefinanzierungsgesetze mitfinanzieren – wenig Mitsprache haben. Darüber sollten sie nachdenken.“

03 Pflegenotstand - Menschenwürdige Pflege mehr als gefährdet

Der Deutsche Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK) hat in einer Erklärung vom November 2010 auf die desolate Situation in vielen Bereichen der Pflege aufmerksam gemacht und die Bundeskanzlerin zum Handeln gemahnt. Der Kanzlerin wurde öffentlichkeitswirksam die „gelbe Karte" gezeigt.

Pro Pflege - Selbsthilfenetzwerk macht seit Jahren auf den Pflegenotstand aufmerksam und hat sich auch beim Pflegetreff am 16.11.2010 in Neuss-Erfttal, in Anwesenheit von zwei Bundestagsabgeordneten mit den anstehenden Pflegereformnotwendigkeiten befasst und hat dazu pflegebedürftige Menschen und Angehörige, Pflegemitarbeiterinnen, Leitungskräfte in Pflegeeinrichtungen sowie alle interessierten Bürgerinnen eingeladen.

Das Netzwerk hat bereits am 10.11.2009 in einer im Internet nachlesbaren Stellungnahme zum Koalitionsvertrag von Union und FDP (Abschnitt 9.2.: Pflege- Weiterentwicklung der Pflegeversicherung) zum Pflegenotstand u. a. ausgeführt:

Pro Pflege vertritt die Meinung, dass reformerische Maßnahmen einmal die professionell Pflegenden, aber auch die (ehrenamtlich) tätigen Angehörigen betreffen müssen. Die allseits gewünschte und erforderliche Zuwendung für pflegebedürftige Menschen kann nur dadurch gewährleistet werden, dass deutlich mehr Pflegefachpersonal und sonstige Betreuungskräfte zur Verfügung stehen. Pro Pflege - Selbsthilfenetzwerk schätzt, dass ein **Personalmehrbedarf von rd. 20%** vorliegt. Damit aber dieser Bedarf auf einer seriösen Basis ermittelt werden kann, werden bundesweit geltende **Personalbemessungssysteme** für dringend erforderlich erachtet. Die zurzeit zur Anwendung kommenden regional geltenden Personalschlüssel und sonstigen Schätzparameter werden als unzureichend eingestuft mit der Folge, dass eine Anstellung von Personal mehr oder weniger nur den Finanzierungsmöglichkeiten folgt (Beschäftigung von Pflegepersonal und sonstigen Betreuungskräften nach Kassenlage). Dieser Zustand muss endlich überwunden werden. Dann wäre auch genügend Zeit für angemessene gute Pflege und sonstige Zuwendung gegeben. Ohne

Hinweis des Herausgebers: Vervielfältigungen und Veröffentlichungen sowie der Abdruck auch auf Homepages ganz oder auszugsweise sind nur mit ausdrücklicher Zustimmung des Herausgebers zulässig.

ausreichend bemessene Personalausstattungen wird es keine Verbesserungen - und damit eine Abwendung von der sog. Minutenpflege - geben können.

In diesem Zusammenhang muss auch Berücksichtigung finden, dass eine **Verkürzung der Wehrdienstzeit** auf sechs Monate zu einer entsprechend verkürzten Zivildienstzeit führen wird und damit den Pflegesystemen zahlreiche **Zivildienstleistende als nützliche Helfer verloren gehen.** Die insoweit entstehenden personellen Lücken müssen bei der notwendigen Personaldotierung angemessen Berücksichtigung finden. Der Personalmehrbedarf wird bei einer Verkürzung des Wehrdienstes deutlich über der o. a. Schätzmarke liegen.

Um es auf den Punkt zu bringen: Wer alte und kranke Menschen mit sowenig Personal(Geld) alleine lässt, der verachtet sie.

04 Inflation frisst alles auf – Rentner werden ärmer

Der Vorsitzende der Rentenkommission, Herr Dr. Klotzsche, macht auf eine Information des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) aufmerksam: Die steigenden Renten bewirken, dass Rentner sich nicht ein mehr an Gütern leisten können. Als Folge wachsender Preise wurde festgestellt, dass die Preiserhöhungen schneller erfolgen als die Renten sich erhöhen.

Nach Prognose des DIW werden die ca. 20 Millionen Rentner auch durch die Geldentwertung ärmer. Erst im Juli 2011 kann mit einer etwa einprozentigen Erhöhung der Bezüge gerechnet werden, auf die nach Angaben des Konjunkturchefs Ferdinand Fichter vom DIW noch einmal etwa 0,4 Prozent dazu kämen.

In diesem Jahr werde die Inflation bei zirka 1,6 Prozent liegen, der Kaufkraftverlust werde sich in 2012 jedoch schmerzlicher für die Rentner auswirken, d.h. im kommenden Jahr läge die Inflationsrate ungefähr bei 1,7 Prozent.

Ende Dezember 2010 hat die Bundesregierung beschlossen, eine Prüfung bezüglich einer Einführung einer gesetzlichen Mindestrente für Geringverdiener vornehmen zu lassen. Die hierfür eingesetzte Kommission trägt die Bezeichnung „Vermeidung von Altersarmut“ und soll im Herbst dieses Jahres einen Bericht vorlegen.

Die Medien sprechen von einer „Rente nach Mindesteinkommen“ und spekulieren, dass jene Rentner als Geringverdiener und damit Anspruchsberechtigte der Mindestrente erachtet werden, die unter dem Hartz IV-Niveau lägen. Diese hätten jedoch laut den Medienberichten bereits per Minimum 35 Jahre lang Beitragsleistungen in die Rentenversicherung geleistet und es hätte eine solche Mindestrente bereits einmal zwischen 1972 und 1991 gegeben.

05 Die WELT titelt: „Finanzamt macht 2011 Jagd auf Rentner“

Frank Stocker berichtet in der Welt vom 28.12.2010 über die Umsetzung durch die Finanzbehörden bei der abzuführenden Rentensteuer. Behörden prüfen künftig alle Ruheständler auf Steuerpflicht - Steuererklärungen können bis Ende Januar nachgereicht werden.

Im Jahr 2005 wurde das Alterseinkünftegesetz wirksam und viele Senioren sind hierdurch steuerpflichtig geworden. Die zu zahlenden Steuern hängen sowohl von der Einkommenshöhe als auch vom Jahr des Renteneintritts ab. Die Behörden planen, Ruheständler aufzuspüren, die sich der Steuerpflicht respektive dem Finanzamt verweigern. "Die letzte Welle rollt dann an", sagt der Chef der Deutschen Steuer-

Hinweis des Herausgebers: Vervielfältigungen und Veröffentlichungen sowie der Abdruck auch auf Homepages ganz oder auszugsweise sind nur mit ausdrücklicher Zustimmung des Herausgebers zulässig.

Gewerkschaft, Dieter Ondracek. Vielen Rentnern ist die Steuerpflichtigkeit schlechthin nicht bewusst oder sie verkennen den Fiskus. Häufig sei dies bei Ehepaaren der Fall, bei denen ein Partner noch berufstätig ist. Die Folgen für überführte Steuersünder werden entweder mit massiven Nachzahlungen plus Zinsen geahndet oder sogar mit Strafverfahren.

Seit 2009 trägt der Staat bereits zusammen, was die aktuell 20,4 Millionen Ruheständler an Altersbezügen sowie Kapitalauszahlungen bekommen. Bisher bezog sich die Prüfung lediglich auf Rentner und Pensionäre, die ihre Einkünfte freiwillig und korrekt angezeigt haben. Das hat säumige Senioren, zumal sie seit 2005 noch nichts vom Finanzamt gehört haben, in Sicherheit gewogen. Doch diese sei trügerisch, warnt der Geschäftsführer des Neuen Verbands der Lohnsteuerhilfevereine (NVL), Uwe Rauhöft. Das sei nur die "Ruhe vor dem Sturm" im Jahr 2011.

Jetzt, in der sogenannten „letzten Welle“, werden von den Finanzämtern alle ausgesondert, die noch keine Steuererklärung abgegeben haben. Stellt sich dann eine Steuerpflicht heraus, werden die Rentner und Pensionäre schriftliche Stellungnahmen der Behörden erhalten. Bei großen Rentenbezügen wird sogar automatisch nach unversteuerten Einnahmen bis ins Jahr 2005 zurück gesucht, sagt Ondracek. Daher empfiehlt er, bis spätestens Ende Januar die versäumten Steuererklärungen nachzuholen.

Für alle, die untätig bleiben und lieber warten, bis das Finanzamt auf sie aufmerksam wird, könnte es im neuen Jahr teuer werden. Sie müssen nicht nur die versäumten Steuern nachzahlen. Zusätzlich werden sechs Prozent Zinsen pro Jahr draufgepackt. Strafzinsen fallen erst später an. Wer für 2005 beispielsweise 100 Euro nachzahlen soll, müsste erst ab März 2007 Zinsen berappen. Strafverfahren oder Steuerfahnder haben Betroffene zwar normalerweise nicht zu erwarten, außer wenn bewusst in größerem Stil Steuern hinterzogen wurden. Dann drohen Bußgeld oder Geldstrafen.

Hilfe und Informationen können Sie unter www.finanzamt-bayern.de/lfst/ oder www.neubrandenburg.de abrufen, auch unter der Rubrik Formulare A-Z beim www.bundesfinanzministerium.de

06 Bundesversicherungsamt: Rentenkasse voll wie seit 16 Jahren nicht mehr

Nach den Zahlen des Bundesversicherungsamtes verfügt die Rentenversicherung über immer mehr Reserven. Die „Nachhaltigkeitsrücklage“ zur Abfederung von Einnahmeschwankungen ist im November auf 1,07 Monatsausgaben gestiegen. Sie liegt damit auf dem höchsten Stand seit 1994, als es 1,54 Monatsausgaben waren. Konkret ist dies ein Finanzpolster von rund 18 Mrd. Euro.

07 Frührentner mit bis zu 127 Euro Abschlag pro Monat

Die Deutschen Rentenversicherung meldet, dass 2009 bundesweit 41,2 Prozent der Männer vorzeitig in Altersrente gingen. Dies kann lebenslang eine geringere Rente von 127,44 Euro/Monat ausmachen. So hohe Abzüge gab es in den vergangenen fünf Jahren nicht. Im Westen ging jeder Dritte (39,1 Prozent) männliche Arbeitnehmer vorzeitig in Rente, während es im Osten jeder Zweite (53,2 Prozent) war. Bei den Frauen gab es beim vorzeitigen Eintritt in die Altersrente mehrere statistische Rekorde: Danach gingen bundesweit 48,7 Prozent der Frauen vorzeitig aufs Altenteil

Hinweis des Herausgebers: Vervielfältigungen und Veröffentlichungen sowie der Abdruck auch auf Homepages ganz oder auszugsweise sind nur mit ausdrücklicher Zustimmung des Herausgebers zulässig.

– so viele wie noch nie zuvor. Im Osten lag die Quote sogar bei 77,7 Prozent – ebenfalls Rekord.

08 Freiwillige Nachentrichtung zur Rentenversicherung möglich

Der dbb teilt mit, dass auch für Beamtinnen und Beamte in bestimmten Fällen die Möglichkeit der Anrechnung von Kindererziehungszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung und daraus folgend – ggfs. nach weiterer Zahlung freiwilliger Beiträge – ein zusätzlicher Rentenanspruch besteht.

Auch für Personen, die – z. B. als Beamtinnen und Beamte … - von der Rentenversicherungspflicht befreit sind, können unter Umständen Kindererziehungszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung angerechnet werden. Erfasst werden solche Fälle, in denen die Erziehung nicht annähernd gleichwertig wie in der gesetzlichen Rentenversicherung berücksichtigt wird. Nach § 6 Absatz 1 Satz 4 und 5 des bis zum 31. Dezember 1991 geltenden und übergangsweise (§ 85 Absatz 7 BeamtVG) immer noch wirksamen Beamtenversorgungsgesetzes sind für vor dem 1. Januar 1992 geborene Kinder nur sechs Monate der Kindererziehung ruhegehaltfähig, in der Rentenversicherung aber 12 Monate rentenwirksam.

Für vor dem 1. Januar 1955 geborene Elternteile gilt dabei, dass die Nachzahlung bei der Deutschen Rentenversicherung beantragt wird und in einer Summe dann für so viele Monate freiwillige Beiträge eingezahlt werden können, dass fünf Jahre erreicht werden. Die monatliche Beitragshöhe kann dabei zwischen dem Mindestbeitrag von 79,60 Euro und dem Höchstbeitrag von 1.094,50 Euro frei gewählt werden. Durch die Nachzahlung entsteht ein Rentenanspruch, wobei die Rente ab Erreichen der Altersgrenze bzw. bei Nachzahlung nach Erreichen der Altersgrenze ab dem Folgemonat nach Antragstellung auf Nachzahlung gezahlt wird.
Auskünfte erteilt die Deutsche Rentenversicherung unter der kostenlosen Service-Telefon-Nummer 0800 10004800. Weitere Informationen finden sich auch im Internet unter www.deutsche-rentenversicherung.de.

09 Sonderangebot der DPolG-Service GmbH an BRH-Mitglieder

Seit dem 1.1.2011 hat der BRH mit der DPolG-Service GmbH eine Zusammenarbeit vereinbart. Alle Mitglieder des BRH dürfen die günstigen Angebote in Anspruch nehmen. Per Internet erreichbar unter: http://www.DPolG-Service.de .

Die DPolG-Service GmbH hat uns gleich zu Beginn des Jahres über ein sensationelles Angebot informiert: Mit dem O2 Rahmenvertrag hat sie das günstigste Angebot in ganz Deutschland. Schon ab 26,18 € (in den ersten 12 Monaten) gratis ins deutsche Festnetz sowie in alle Mobilnetze telefonieren und unbegrenzt mobil surfen & eMails bearbeiten. Fragen Sie einfach nach!!

Hinweis des Herausgebers: Vervielfältigungen und Veröffentlichungen sowie der Abdruck auch auf Homepages ganz oder auszugsweise sind nur mit ausdrücklicher Zustimmung des Herausgebers zulässig.